

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 7 / Juli 2007 · Ausgabe Nordrhein-Westfalen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

Was taugt Deutschlands Gesundheitssystem?

SoVD-Mitgliederbefragung
anlässlich der Gesundheitsreform

Seite 2

„Mit schlechter Pflege werden Milliarden verdient“

Interview mit Pflegeexperte
Claus Fussek

Seite 5



Welche Versicherung lohnt sich?

Im Urlaub (aber nicht nur dann)
ist sinnvolle Absicherung gefragt

Seite 8

SoVD präsentiert Broschüre mit 10 Forderungen an die Politik Altersarmut ist vermeidbar!

Geringe Einkommen, massive Einschnitte bei der gesetzlichen Rente, wachsende Vorsorgelücken durch Arbeitslosigkeit, Zunahme sozialversicherungsfreier Arbeitsverhältnisse, prekäre Selbstständigkeit und längere Berufsunterbrechungen durch Kindererziehung und Pflege – all das sind Faktoren, die ernsthaft befürchten lassen, dass das bereits weitgehend überwunden geglaubte Thema „Altersarmut“ bald wieder brisant sein könnte. Der SoVD wartet nicht ab, bis es soweit ist. Er fordert die Politik bereits jetzt auf, die Weichen für ein auch in finanzieller Hinsicht würdevolles Alter zu stellen. Dazu hat der Verband „10 Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut“ formuliert und diese in einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit gebracht.



SoVD-Präsident Adolf Bauer stellte die Forderungen in Form einer 24-seitigen Broschüre am 21. Juni im Presse- und Besucherzentrum der Bundesregierung in Berlin vor. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass gerade Geringverdiener ein hohes Risiko der Altersarmut haben, da sie nur geringe Rentenanwartschaften hätten und finanziell kaum in der Lage seien für das Alter vorzusorgen (siehe auch „Blickpunkt“ rechts). Geringverdiener, so Bauer, würden im Jahr 2030 keine armutsvermeidende Rente erzielen, auch wenn sie 45 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Betroffen sind rund 35 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten.

Aber auch für Durchschnittsverdiener besteht nach Auffassung des

Gemeinsam mit dem Verfasser der Broschüre, Ragnar Hoenic (Referent der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesverband, re.) und SoVD-Pressesprecherin Dorothee Winden (3. von re.) präsentierte SoVD-Präsident Adolf Bauer (2. von re.) die „10 Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut“.

Sozialverband Deutschland eine Gerechtigkeitslücke. Ein Durchschnittsverdiener, der 2030 in Rente geht, muss nämlich rund 37 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rente aufweisen, um eine armutsvermeidende Rente zu erhalten. Dies wären nach heutigem Wert 650 Euro.

Wenn Versicherte trotz jahrzehntelanger Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung nur eine Rente erhalten, die unterhalb oder nur knapp über dem Grundsicherungsniveau liegt, untergräbt dies das Vertrauen und die Akzeptanz in die gesetzliche Rentenversicherung. Denn

die Grundsicherung erhält auch, wer keine Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat.

Die 10 Forderungen in Kurzform:

1. Das Sicherungsziel der Rentenversicherung muss wieder im Vordergrund stehen. Wir brauchen ein verlässliches Rentenniveau, das bei einem erfüllten Erwerbsleben deutlich über der Armutsgrenze liegt.
2. Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.

In einem ersten Schritt müssen zunächst die nicht pflichtversicherten Selbstständigen unter den Versicherungsschutz der Rentenversicherung gestellt werden.

3. Die Leistungen für Kinder-

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Mindestlöhne sind weder Jobkiller noch wachstumshemmend, das beweist eine Unzahl von Studien aus Ländern, die schon lange mit dem Mindestlohn leben. Im Gegenteil: Nur wer genug verdient, kann konsumieren (was die Wirtschaft ankurbelt) und Geld fürs Alter zurücklegen (was beim zukünftigen Niveau der gesetzlichen Rente dringend geboten ist). Gerade auf den letzten Punkt hat der SoVD immer wieder hingewiesen und davor gewarnt, dass aus Hungerlöhnen später Hungerrenten werden! Dass sich die Große Koalition im Koalitionsausschuss am 18. Juni nicht auf einen gesetzlichen Mindestlohn hat einigen können, ist deshalb ein Jammer. Sicher, die beschlossene Ausweitung des Entsendegesetzes entschärft die Situation etwas. Eine grundlegende Lösung des Problems ist sie aber schon deshalb nicht, weil Branchen, in denen es keine Flächentarifverträge gibt, ausgeschlossen sind. Schlimm ist, dass man als Bürger das Gefühl haben muss, dass eine echte Lösung des Problems nie wirklich erwünscht war. Von der CDU sowieso nicht. Von der SPD wahrscheinlich auch nicht: Schon im Vorfeld der Sitzung wurde bekannt, dass sie mit dem Mindestlohn die nächsten Wahlkämpfe bestreiten will...

Richard Dörzapf,
Mitglied des Präsidiums



Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegerenten-Risikoversicherung*

- Beiträtsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegerente von 150,- Euro bis 1.000,- Euro bei Eintritt des Pflegefalles nach dem 3. Versicherungsjahr
- auch für Ehegatten und Lebenspartner
- bei Pflegefall durch Unfall sofortige Leistung
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

Nie mehr Fleisch von „schwarzen Schafen!“ Das Verbraucherinformationsgesetz kommt

„Verbraucherinformationsgesetz“ – der Name klingt vielversprechend. Vor fünf Jahren brachte ihn die damalige Verbraucherschutzministerin Renate Künast in die Diskussion ein. Eine Tatsache hatte die Grünen-Politikerin richtig erkannt: Verbraucher – also wir alle – haben einen Anspruch auf Information. Nach dem BSE-Skandal verdarben Nitrofen und Gammelfleisch vielen Deutschen den Appetit. Nur verständlich also, dass die Menschen wissen wollten, was da bei ihnen auf dem Teller lag, wie es produziert wurde und welche Schadstoffe möglicherweise enthalten waren. Antworten versprach der Gesetzentwurf aus dem Jahr 2002, der bis heute allerdings auch nichts weiter als eben das geblieben ist – ein

Entwurf. Immerhin hat dieser Anfang Juni den Bundesrat passiert und soll nun möglichst rasch umgesetzt werden. Das wäre im Interesse unserer Gesundheit nur zu begrüßen.

Damit würde endlich auch eine andere Kuriosität beseitigt: Firmen, die gegen Hygienevorschriften bei Lebens- oder Futtermitteln verstoßen haben, dürften dann auch namentlich genannt werden. Bisher können sich diese „schwarzen Schafe“ vor unliebsamer Öffentlichkeit einigermaßen sicher fühlen. Sicher fühlen sollten sich jedoch in erster Linie die Käufer des jeweiligen Produktes. Für sie stellt Information wirklichen Verbraucherschutz dar. Deshalb sind das Gesetz und seine rasche Umsetzung so wichtig. *jb*

Einsparungen durch Reformen im Arzneimittelbereich

Medikamente ohne Zuzahlung – billiger, aber weniger komfortabel

Ein vorrangiges Ziel der Gesundheitsreform war die Kostendämpfung. Im Arzneimittelbereich zeigen sich erste Erfolge: Krankenkassen schließen sogenannte „Rabattverträge“ mit den Herstellern von Medikamenten und können diese somit zu günstigeren Preisen anbieten. Patienten sparen dadurch in vielen Fällen die Zuzahlungsgebühr, müssen sich aber oftmals in ihren Gewohnheiten umstellen.

Die Reformen im Arzneimittelbereich haben einige Veränderungen mit sich gebracht – für die verschiedenen Krankenversicherer wie auch für Patienten. Merkwürdig angekurbelt wurde vor allem der Wettbewerb. Zahlreiche Krankenkassen haben inzwischen exklusive Rabattverträge mit Pharmafirmen abgeschlossen. Diese sichern den Herstellern von Medikamenten eine hohe Abnahme des jeweiligen Präparates zu, dessen Stückpreis für den Endverbraucher im Gegenzug rapide sinkt. In der Regel handelt es sich hierbei um sogenannte „Generika“, also um Nachahmerprodukte, die den gleichen Wirkstoff enthalten wie das Originalprodukt. Da häufig sogar die bisherige Pflicht zur Zuzahlung entfällt, ist diese Entwicklung aus Sicht der Patienten also durchaus positiv.

Die Sache hat allerdings auch einen Haken: Gerade bei älteren Menschen kann der Wechsel des Anbieters leicht zu Irritationen führen. Denn wer regelmäßig ein bestimmtes Medikament einnimmt, hat sich meist an Form und Farbe seiner Tablette gewöhnt. Diese Orientierung fehlt bei einem neuen Präparat zunächst – auch wenn der enthaltene Wirkstoff identisch ist.

Ebenfalls umstellen müssen sich die Apotheker: Die Rabattverträge

zwischen Krankenkassen und Pharmafirmen verpflichten sie seit dem 1. Juni dazu, ausschließlich das Medikament des jeweiligen Herstellers herauszugeben – bei über 12 000 betroffenen Arzneimitteln bedeutet das eine ungeheure Datenflut. Der



Foto: eyelab / photocase

Die „gute alte Zeit“ – sie ist auch in der Apotheke vorbei. Rabattverträge sind die jüngste Neuerung, mit der sich Apothekenkunden vertraut machen müssen.

Apotheker muss genau prüfen, welche Krankenkasse mit welchem Hersteller über welches Präparat einen Vertrag geschlossen hat. Tut er

dies nicht, riskiert er, dass die Kosten später nicht von der Kasse übernommen werden.

In Einzelfällen kam es schon zu Lieferengpässen, da vor allem kleinere Anbieter Schwierigkeiten hatten, die Medikamente in der benötigten Menge zur Verfügung zu stellen. Vor wenigen Wochen erst hatte die AOK aus diesem Grund die Verträge mit zwei Produzenten von Billig-Arzneien fristlos gekündigt. Was die Versicherten betrifft, so galt bis Ende Juni zwischen einzelnen Krankenkassen und den Apotheken eine „Friedenspflicht“: War ein billiges Medikament nicht lieferbar, konnte der Apotheker dem Patienten alternativ ein wirkstoffgleiches Präparat anbieten. Auch nach Ablauf dieser Frist, betonen Industrie und Krankenversicherer einhellig, bleibe die Versorgung der Patienten gewährleistet.

Bleibt abzuwarten, wie sich der Arzneimittelbereich in naher Zukunft entwickelt. In jedem Fall ist der Druck auf die Pharmaunternehmen gewachsen, ihre Produkte günstiger anzubieten. Wenn dadurch die Ausgaben im Gesundheitssektor insgesamt sinken, dürften letztlich auch die Versicherten davon profitieren – in Form von stabilen Krankenkassenbeiträgen und wegfallenden Zuzahlungen.

Fortsetzung von Seite 1

Altersarmut ist vermeidbar!

erziehung und Pflege müssen verbessert werden.

4. Wir brauchen eine Mindestsicherung für langjährig Versicherte. Die Mindestsicherung muss sicherstellen, dass auch langjährig Vollzeitbeschäftigte mit unterdurchschnittlichem Verdienst im Alter eine armutsfeste Rente erhalten. Es darf nicht sein, dass Menschen, die jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt haben, im Alter wegen einer zu geringen Rente auf die Grundsicherung verwiesen werden.

5. Für ältere Arbeitslose, die kurz- und mittelfristig keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, müssen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, damit sie weitere Rentenanwartschaften erwerben können.

6. Es ist unabdingbar, dass für Hartz-IV-Empfänger sachgerechte Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden.

7. Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten müssen abgeschafft werden.

8. Mit der Schaffung eines dynamischen Angleichungszuschlags muss eine Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern an das Westniveau in absehbarer Zeit sichergestellt werden.

9. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung muss ein gestaffelter Rentenfreibetrag eingeführt werden, damit die Renten künftig nicht mehr voll auf die Grundsicherungsleistungen angerechnet werden.

10. Die Förderung der privaten Al-

tersvorsorge muss um eine zusätzliche soziale Komponente ergänzt werden. Geringverdienern muss der Aufbau einer ausreichenden privaten Altersvorsorge ermöglicht werden. Erwerbsminderungsrentner sind derzeit von der Riester-Rente ausgeschlossen, obwohl sie auf eine zusätzliche Altersvorsorge besonders angewiesen sind. Diese Lücke im System muss geschlossen werden.

Die Forderungen im vollen Wortlaut erhalten Interessenten im Internet (www.sovd.de) oder in Form der Broschüre bei: SoVD, Bundesgeschäftsstelle, Agnes Wolz, Abteilung Zentrale Aufgaben, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin. Bitte legen Sie einen mit 0,85 Euro frankierten C4-Rückumschlag mit dem Vermerk „Büchersendung“ bei!

SoVD-Mitgliederumfrage anlässlich der Gesundheitsreform 2007

Deutschlands Gesundheitssystem: Was taugt es wirklich?

Gegen den entschiedenen Widerstand des Sozialverband Deutschland hat der Bundestag die Gesundheitsreform 2007 verabschiedet. Die für die Patienten wichtigsten Regelungen sind am 1. April 2007 in Kraft getreten. Vollmundig verkündeten Gesundheitspolitiker damals, durch die Reform werde sich die Gesundheitspolitik auf den Patienten hin orientieren. Bessere Versorgung und erweiterte Leistungen wurden versprochen. Doch was hat sich wirklich getan? Sagen bzw. schreiben Sie es uns!

Anrufe und Zuschriften von unseren Mitgliedern legen den Verdacht nahe, dass unsere Politiker das Gesundheitswesen weitaus rosiger malen, als es in Wirklichkeit ist. Da ist von Zwei-Klassen-Medizin die Rede,

von langen Wartezeiten beim Arzt und der Verweigerung von medizinisch dringend notwendigen Leistungen wie Medikamenten oder Heilmitteln. Für den SoVD sind diese Hinweise ein Anlass, nachzuhaken, sich

intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen. Damit sich einzelne Erfahrungen zu einem stimmigen Ganzen zusammenfügen, brauchen wir noch wesentlich mehr Berichte

Fortsetzung auf Seite 4

SoVD-Präsident erhielt Bundesverdienstkreuz

SoVD-Präsident Adolf Bauer ist mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff überreichte Bauer die Auszeichnung im Rahmen eines Festaktes zur 17. Verbandstagung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen. Bauer wurde für sein jahrzehntelanges sozialpolitisches Engagement – nicht zuletzt als Präsident unseres Verbandes – geehrt.

Große Koalition will Pflegezeitgesetz gemäß SoVD-Konzept

Die Große Koalition hat sich in der Sitzung des Koalitionsausschusses am 18. Juni nicht nur mit dem Thema „Mindestlohn“ beschäftigt (siehe „Blickpunkt“ auf Seite 1), sondern auch mit der Pflegereform. Aus Sicht des Sozialverband Deutschland sind CDU/CSU und SPD bei letzterem Thema zu wesentlich erfreulicheren Ergebnissen gekommen. Vor allem der Umstand, dass sich die Große Koalition auf die Einführung einer gesetzlichen Pflegezeit für Arbeitnehmer geeinigt hat, wird begrüßt – handelt es sich doch hier um die Umsetzung eines Konzeptes, das der SoVD vorgelegt hat und dessen Umsetzung für den Verband einen großen Erfolg darstellt! Zur Erinnerung: Die Einführung einer Pflegezeit soll es abhängig Beschäftigten und Auszubildenden ermöglichen, eine – bis zu sechs Monaten dauernde – unbezahlte Auszeit von ihrem Beruf zu nehmen, um pflegebedürftige Angehörige versorgen zu können.

Nicht akzeptabel ist für den SoVD allerdings eine Einschränkung, auf die sich der Koalitionsausschuss am 18. Juni ebenfalls geeinigt hat: Nach dem Willen der Großen Koalition soll die Pflegezeit nicht für Kleinbetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten gelten. Der SoVD wird sich dafür einsetzen, dass die Pflegezeit für alle Arbeitnehmer gilt. Nach Auffassung des Verbandes ist es auch in Kleinbetrieben möglich, für einen überschaubaren Zeitraum eine Vertretung einzustellen. Bedauerlich ist nach Meinung des SoVD auch, dass sich die Große Koalition nicht auf einen Finanzausgleich zwischen der privaten und der sozialen Pflegeversicherung einigen konnte.

Insgesamt beinhaltet das im Koalitionsausschuss erarbeitete Eckpunktepapier zur Pflegereform aus Sicht des SoVD jedoch deutliche Verbesserungen für Pflegebedürftige. Die Rahmenbedingungen für die häusliche Pflege werden entscheidend verbessert. Positiv ist zum Beispiel, dass Pflegebedürftige in Wohngemeinschaften und in betreuten Wohnungen Leistungen flexibler in Anspruch nehmen können. Der höhere Zuschuss für häusliche Pflegedienstleistungen (Pflegesachleistungen und Pflegegeld) erleichtert es, so lange wie möglich zu Hause gepflegt zu werden. Ferner ist erfreulich, dass für die Betreuung von Demenzkranken künftig mehr Geld zur Verfügung steht.

Schutz Behinderter: In Deutschland besteht Handlungsbedarf!

In Berlin hat Mitte Juni die Europäische Konferenz zur Integration behinderter Menschen stattgefunden. Eines der großen Themen der Konferenz war die UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Diese Konvention ist die erste in der Geschichte der UNO, die die Gleichstellung von behinderten Menschen völkerrechtlich verbindlich fest schreibt. Sie wurde am 13. Dezember 2006 von der UN-Generalversammlung verabschiedet; der SoVD hatte maßgeblichen Anteil am Entwurf – vor allem hinsichtlich der besonderen Berücksichtigung der Rechte von behinderten Frauen (wir berichteten ausführlich in der SoVD-Zeitung). Der auf der Konferenz anwesende Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, versprach, dass die Bundesregierung die Ratifizierung des Übereinkommens einleiten werde, damit es auch in Deutschland rechtlich gelte. Beteiligt werden muss allerdings auch der Bundesrat.

SoVD-Präsident Adolf Bauer erklärte in diesem Zusammenhang, dass sich aus der Konvention „Handlungsbedarf für die Behindertenpolitik in Deutschland“ ergebe. Im Gegensatz zu Münteferings Aussage, in Deutschland sei die UN-Konvention bereits weitgehend umgesetzt, ist der SoVD der Auffassung, dass die UN-Konvention in einer Vielzahl von Punkten über die Behindertengleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder hinausgehe. Zum Beispiel

- verpflichten die Behindertengleichstellungsgesetze Bund und Länder in der Regel zur Barrierefreiheit bei Neu- und Umbauten von Gebäuden; Artikel 9 der UN-Konvention verpflichtet darüber hinaus zur Umsetzung der Barrierefreiheit bei allen öffentlich zugänglichen Einrichtungen, Behörden und Diensten;
- enthält die UN-Konvention einen klaren Handlungsauftrag zur Umsetzung einer umfassenden Barrierefreiheit in Deutschland; das bedeutet zum Beispiel: Jedes Rathaus und jede Schule in Deutschland muss barrierefrei werden! Behördenbescheide und Informationen müssen für jeden verständlich sein!

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Machen Sie mit beim Gut tun – tut gut-Preis!

Liebe Mitglieder,
seit August 2006 läuft die Kampagne Gut tun – tut gut zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland. Die Kampagne knüpft an die lange Tradition des ehrenamtlichen Engagements im SoVD an. Viele engagieren sich schon seit Jahren oder sogar Jahrzehnten. Dieses Engagement möchte der SoVD würdigen und öffentlich ehren. Dazu wird in diesem Jahr erstmals der Gut tun – tut gut-Preis vergeben. Der Preis wird in den drei Kategorien: Gruppenpreis, Einzelpreis und Glückspreis verliehen. In der ersten Kategorie können sich Gruppen ab drei Personen bis

hin zu Orts- oder Kreisverbänden mit ihrer gemeinsamen Gut tun-Aktivität bewerben. In der zweiten Kategorie werden einzelne SoVD-Mitglieder für ihre persönliche Gut tun-Aktivität geehrt. Sie können sich selbst bewerben oder von anderen vorgeschlagen werden. Der Preis in der dritten Kategorie wird durch Ziehung ermittelt. In den Lostopf kommen diejenigen Bewerbungen, die von der Jury in die engere Wahl möglicher Preisträger aufgenommen wurden. Die Preise werden im Rahmen der Bundesverbandstagung am 24. Oktober 2007 in Berlin von der Schirmherrin der Kampagne, Prof. Dr. Gesine Schwan, und dem SoVD-Präsidenten Adolf Bauer überreicht.

Die Bewerbung ist ganz unkompliziert: Einfach den zweiseitigen Bewerbungsvordruck ausfüllen und an die Bundesgeschäftsstelle senden. Die Bewerbungsunterlagen können angefordert werden: per E-Mail unter kampagne@sovd.de, über die Landesverbände, telefonisch unter 030/72 62 22-199, montags bis donnerstags, von 11 bis 12 Uhr. Oder Sie füllen den unten stehenden Kasten aus und senden ihn an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Kampagnenteam, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 10. August.

Herzlichst Ihr Kampagnenteam

Mehrere hundert Besucher begrüßte der SoVD Hamburg beim Open-Air Aktionstag am 17. Juni. Im beliebten Biergarten „Landhaus Walter“ im

Hamburger Stadtpark drehte sich alles rund um die Kampagne Gut tun – tut gut. Bei einer prominent besetzten Talkrunde mit Politikern und Exper-

ten und an den Infoständen bekamen die Hamburger zahlreiche Tipps zum ehrenamtlichen Engagement. Die Hamburger Landesvorsitzende Inge Jefimov freute sich, dass gleich 50 SoVD-Mitglieder aus Berlin angereist waren, darunter auch Kampagnen-Botschafterin Rita Bieberstein. Aus Schleswig-Holstein waren der Landesvorsitzende Sven Picker und Botschafter Lothar Dufke dabei. Das abwechslungsreiche Bühnenprogramm mit Musik und einer mexikanischen Folklore-Tanzgruppe kam beim Publikum gut an. Auf großen Zuspruch stieß das Kinderprogramm, das auch viele Familien in den Stadtpark lockte. Zum Abschluss des Tages prämierte eine Jury die schönsten Zeichnungen, die beim Malwettbewerb der Kinder entstanden waren.



Der Aktionstag in Hamburg lockte viele Besucher an.

Der Bezirk des Monats Juli ist der Bezirk Hamm-Unna

Im Bezirk Hamm-Unna des Landesverband NRW pflegt der Ortsverband Oberaden ein harmonisches und geselliges Verbandsleben nach dem Motto „Hilfst du mir, so helf ich dir“. Die überwiegend älteren Mitglieder werden zu Geburtstagen oder bei Krankheit besucht und mit einem kleinen Geschenk und vielen lieben Worten bedacht. Die Freude über den Besuch und ein Geschenk spiegelt sich in den dankbaren Gesichtern der Mitglieder wider. Besonders willkommen sind die Besuche anlässlich silberner oder goldener Hochzeit.

Die Jahrestermine sind zwar mit sehr viel Arbeit verbunden, doch die Mühe lohnt sich: Durch die zahlreichen Unterhaltungsmöglichkeiten und Aktivitäten, fühlen sich Alleinstehende, junge und ältere Mitglieder wohl, und die gemeinsamen Treffen zeichnen sich jedesmal durch eine lockere Atmosphäre mit glücklichen Menschen aus. Beispielhaft für nur einige der zahlreichen Aktionen seien genannt: das Neujahrsfrühstück mit Bildervortrag, das Oktoberfest mit Ehrungen, die Weihnachtsfeier mit Kaffeetrinken, das monatliche Gedächtnistraining und das beliebte Spiel Bingo. Damit auch gehbehinderte Mitglieder am Verbandsleben teilhaben können, wurde ein gut funktionierender Abhol-dienst privat organisiert. Eine Ausflugsfahrt gehört zum Höhepunkt eines jeden Jahres. Auch hier wird die Fahrt so abgestimmt, dass alle Mitglieder in Ruhe daran teilnehmen



Margret Tschirner (1. Frauensprecherin des Ortsverbandes Oberaden) und Anne Fehst (2. Frauensprecherin) organisieren einen Fahrdienst.

können, ohne Sorge zu haben, eventuell durch eine Gehbehinderung oder altersbedingt nicht mehr mithalten zu können. Lachen und Singen sind hier selbstverständlich an der Tagesordnung. Die Kultur bleibt ebenfalls nicht im Hintergrund, daher werden auch Theaterfahrten angeboten. Sogar das Tanzbein wird gern geschwungen, also stehen auch Tanztee oder Gymnastik oft auf dem Programm. Die Krönung im Verbandsleben ist eine mehrtägige Urlaubsfahrt, die in die schönsten Winkel Deutschlands führt. Darüber hinaus werden Hilfeleistungen bei Anträgen, Schreibarbeiten oder Behördengängen gegeben. Alle Mitglieder erhalten regelmäßig persönlich ihre SoVD-Zeitung. Der persönliche Kontakt mit einem freund-

lichen Gruß ist für den Ortsverband selbstverständlich. Zum Jahresende wird mit allen Mitgliedern Weihnachten gefeiert. Traditionell gibt es einen Stand auf dem örtlichen Weihnachtsmarkt. Dort kann man bei einem heißen Punsch und einem guten Imbiss ein nettes Gespräch führen und Abwechslung erleben. Zu guter Letzt sind die Mitglieder auch sehr stolz darauf, dass es seit 30 Jahren drei gesellige Kegelgruppen gibt, die unverdrossen und mit Begeisterung kegeln.



Schöne Muttertagsüberraschung in Preetz



Gerda Bäckler und ihre Mitstreiter vom Ortsverband Preetz mit den Blumen für die Bewohnerinnen des Alten- und Pflegeheims.

Bereits seit 23 Jahren besuchen Mitglieder des Ortsverbandes Preetz, Landesverband Schleswig-Holstein, zu Muttertag das örtliche Alten- und Pflegeheim. Jede der dort wohnenden Damen wird mit einer Blume beschenkt, die über 80-Jährigen erhalten zusätzlich noch ein kleines Präsent. „Mehr als 160 Blumen haben wir dabei, und es ist immer wieder eine große Freude zu sehen, wie sehr sich die Frauen über den kleinen Blumen-gruß zu Muttertag freuen“, sagt Gerda Bäckler, Vorsitzende des Ortsverbandes. Eine großartige Idee des Preetzer Ortsverbandes, die das Motto Gut tun – tut gut wahrlich mit Leben erfüllt.



In der Illustrierten „Auf einen Blick“ wird am 19. Juli ein weiterer Bericht über unsere Kampagne veröffentlicht.

Anforderung der Bewerbungsunterlagen zur Preisverleihung

Schicken Sie bitte die Bewerbungsunterlagen zur Verleihung des Gut tun – tut gut-Preises an folgende Adresse:

Name:
Mitgliedsnummer:
Straße:
PLZ/Ort:

Gut tun – tut gut spricht die Seele des Verbandes an

Karl-Otto Constien (66) ist Botschafter der Bezirksarbeitsgemeinschaft (BZA) Lüneburg im Landesverband Niedersachsen. Seit über 44 Jahren ist er Mitglied und hat die Entwicklung des Verbandes sehr aktiv verfolgt und mit gestaltet. Karl-Otto Constien sieht in der Kampagne Gut tun – tut gut die große Chance, an die Traditionen des früheren Reichsbundes anzuknüpfen: an Solidarität und Gemeinschaft. „Die Kampagne Gut tun – tut gut baut auf dem auf, was zahlreiche Mitglieder an sozialer und ehrenamtlicher Arbeit seit vielen Jahren leisten. Sie zeigt, dass die Werte Solidarität und Gemeinschaft in unserem Verband nach wie vor einen hohen Stellenwert haben“, sagt Karl-Otto Constien.



Karl-Otto Constien, Botschafter der Bezirksarbeitsgemeinschaft Lüneburg, Landesverband Niedersachsen

Als Vorsitzender des Ortsverbandes Bienenbüttel (seit 2000) und als 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Uelzen (seit 2006) setzt sich Karl-Otto Constien neben einer modernen Verbandsarbeit auch in besonderer Weise für diese Traditionen ein. Constien weiß, dass die Umsetzung der Kampagne auch Überzeugungsarbeit in den einzelnen Gliederungen verlangt. Er hat als Orts- und Kreisvorsitzender das „Ohr an der Basis“ und

weiß, wie man Skeptiker überzeugen kann. „Wir stellen heraus, warum es sich lohnt, etwas für unsere Mitmenschen zu tun. Wir geben Beispiele und spornen andere an. Tue Gutes und rede darüber, damit andere es Dir gleichtun. Dann wächst die Bereitschaft, auch aktiv mitzumachen. Denn Gut tun – tut gut spricht die Seele des Verbandes an.“ Mitglieder aus dem Einzugsbereich der BZA Lüneburg, die sich für die Kampagne interessieren, können sich an Karl-Otto Constien wenden – per Post an die Adresse: Am Mühlenbach 5a, in 29553 Bienenbüttel, oder per E-Mail an: Constien.Edendorf@online.de.

CDU-Vorschlag zur Reform der Erbschaftssteuer

Enkel beim Erben besserstellen?

Außer der Pflegereform und dem Mindestlohn beschäftigt zurzeit noch ein weiteres Thema die Große Koalition: die Erbschaftssteuerreform. Sie soll im Herbst 2007 beschlossen werden und zu Beginn des Jahres 2008 in Kraft treten. Wie zu erwarten, haben auch in Sachen Erbschaftssteuerreform SPD einerseits und CDU/CSU andererseits sehr unterschiedliche Pläne.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes darf die Erbschaftssteuer in ihrer bisherigen Form ab 2008 nicht mehr erhoben werden. Häuser und Grundbesitz müssen künftig höher besteuert werden, um die Ungleichheit im Verhältnis zur Besteuerung von Geldvermögen zu beseitigen.

Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Haus- und Grundbesitz würde zunächst einmal zu einer Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens führen. Genau darauf zielten die ursprünglichen Pläne der SPD ab. Aus den zusätzlichen Einnahmen sollten Kinderbetreuung und Bildung finanziert werden.

Jüngsten Meldungen zufolge

scheint die Partei von diesem Vorhaben allerdings wieder abgekommen zu sein. Es soll vielmehr eine Vereinbarung von Union und SPD geben, wonach es beim bisherigen Steueraufkommen – etwa vier Milliarden Euro pro Jahr – bleiben soll. Wenn bei einer Erhöhung der Steuern auf Haus- und Grundbesitz das Gesamtsteueraufkommen gleich bleiben soll, müssen aber die Steuersätze sinken oder die Freibeträge steigen. Ziel der Union ist es nun, dass hiervon nicht alle Erben in gleichem Maße, sondern vor allem die engsten Familienangehörigen profitieren.

Nach Angaben der Süddeutschen Zeitung können nach bisherigem

Stand Ehepartner eines Verstorbenen mit einer Kombination aus dem persönlichen Freibetrag und dem Versorgungsfreibetrag bis zu 563 000 Euro steuerfrei erben, Kinder – je nach Alter – 205 000 bis 257 000 Euro. Der persönliche Freibetrag von Enkelkindern liegt hingegen bei 51 200 Euro. Nach Aussage von Otto Bernhardt, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, soll dieser Betrag auf 100 000 Euro erhöht und damit an die Realität angepasst werden. Die sieht, laut Bernhardt, so aus, dass – auch aufgrund steigender Lebenserwartung – immer mehr Menschen nicht an ihre Kinder, sondern an ihre Enkel vererben.

Fortsetzung von Seite 2

Deutschlands Gesundheitssystem...

über die Erfahrungen unserer Mitglieder mit dem deutschen Gesundheitssystem. Schreiben Sie uns deshalb, was sich Ihrer Meinung nach im Gesundheitswesen verändert hat! Berichten Sie uns von Ihren Erfahrungen beim Arzt, im Krankenhaus, in der Apotheke. Sagen Sie uns, wie Ihre Krankenkasse Sie behandelt.

Uns interessieren positive wie negative Erfahrungen, sie sollten aber persönlich erlebt worden sein. Wichtig ist uns auch, dass Sie versuchen, möglichst detailliert und für den Außenstehenden nachvollziehbar zu

schildern, was Ihnen widerfahren ist. Und: Schreiben Sie ruhig, mit wem oder was Sie zufrieden bzw. unzufrieden waren.

Der SoVD nimmt Ihre Hinweise ernst. Er wird dafür sorgen, dass die Mühe des Schreibens nicht umsonst ist. Die Berichte der Mitglieder werden wir auswerten. In Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden wir die Erfahrungen der SoVD-Mitglieder schildern und daher noch deutlicher sagen können, was verbessert werden muss.

Wenn sich einzelne Schilderungen dazu anbieten, werden wir diese – in anonymisierter Form und auch nur dann, wenn der/die Betroffene zustimmt – in der SoVD-Zeitung veröffentlichen. Auch hier gilt: Ihre Erfahrungen sind eine wertvolle Hilfe für andere!

Ihre Berichte, Kommentare, Hinweise richten Sie bitte an: Sozialverband Deutschland, Abteilung Sozialpolitik, Stichwort „Leseraufruf/Gesundheitssystem“, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin.

Rentenerhöhung zum 1. Juli

0,54 Prozent mehr Rente, höhere Freibeträge und Hinzuverdienstgrenzen

Zum 1. Juli werden die Renten nach mehreren Nullrunden zum ersten Mal wieder steigen – um 0,54 Prozent. Im Zuge der Rentenerhöhung kommt es zu weiteren Änderungen, zum Beispiel bei den Renten für Hinterbliebene und denen für Teilrentner.

Wie in der April-Ausgabe der SoVD-Zeitung berichtet, ist die zum 1. Juli anstehende minimale Rentenerhöhung für den Sozialverband Deutschland kein Grund zum Jubeln. Inflation und erhöhte Krankenkassenbeiträge fressen den kleinen Zuschlag bei den Renten nämlich sofort wieder auf.

Wichtiger ist vor diesem Hintergrund für die Betroffenen deshalb die Erhöhung der Freibeträge bei den Hinterbliebenenrenten. Witwen, Witwer oder Waisen können neben den Renten wegen Todes in bestimmten, nun erweiterten, Grenzen hinzuverdienen, ohne dass das Einkommen zu einer Minderung ihrer Hinterbliebenenrente führt. Erst bei Überschreiten des Freibetrags erfolgt eine Anrechnung. Konnte eine Witwe oder ein Witwer mit Wohnsitz in den alten Bundesländern bisher mo-

natlich 689,83 Euro anrechnungsfrei hinzuverdienen, so erhöht sich der Betrag ab dem 1. Juli auf 693,53 Euro. Bei Wohnsitz in den neuen Bundesländern erhöht sich der Freibetrag von 606,41 Euro auf 609,58 Euro. Werden ein oder mehrere Kinder gezogen, steigt der Freibetrag für jedes Kind um 147,11 Euro in den alten und um 129,30 Euro in den neuen Bundesländern. Das Gleiche gilt für Bezieher von Erziehungsrenten. Der neue Freibetrag für Bezieher von Waisenrenten liegt ab dem 1. Juli bei 462,35 Euro (alte Bundesländer) und 406,38 Euro (neue Bundesländer). Neuerungen gibt es auch für Teilrentner. Für sie wurden die Hinzuverdienstgrenzen erhöht (siehe Tabelle unten). Teilrentner sind Rentner, die das 65. Lebensjahr noch nicht erreicht haben und regelmäßig mehr als 350 Euro monatlich neben ihrer

Altersrente hinzuverdienen. Eine Teilrente kann in Höhe von zwei Dritteln, der Hälfte oder einem Drittel der Vollrente gezahlt werden. Welche Teilrente gezahlt wird, hängt von der Höhe des Hinzuverdienstes ab.

Wird auch die Hinzuverdienstgrenze für die Ein-Drittel-Teilrente überschritten, fällt der Rentenanspruch ganz weg.

Teilrentenbezieher können zweimal im Jahr den doppelten Betrag verdienen, ohne ihre Rentenzahlung zu gefährden. Während Neurentnern die individuellen Hinzuverdienstgrenzen im Rentenbescheid mitgeteilt werden, sollten Personen, die schon länger Rente beziehen, ihre individuellen Hinzuverdienstgrenzen bei ihrem Rentenversicherungsträger erfragen.

(Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund)

Neue Hinzuverdienstgrenzen für Teilrentner (Durchschnittsverdiener)

Altersrente als	bis 30.6.2007 (alte Bundesländer)	ab 1.7.2007 (alte Bundesländer)	bis 30.6.2007 (neue Bundesländer)	ab 1.7.2007 (neue Bundesländer)
Ein-Drittel-Teilrente	1826,49 Euro	1836,27 Euro	1605,60 Euro	1613,99 Euro
Einhalb-Teilrente	1371,83 Euro	1379,18 Euro	1205,93 Euro	1212,23 Euro
Zwei-Drittel-Teilrente	917,16 Euro	922,08 Euro	806,25 Euro	810,46 Euro

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name Vorname

Straße PLZ

Telefon Ort

Geburtsdatum E-Mail

SoVD Ortsverband Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro

Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich

jährlich

ab KontoinhaberIn

Konto BLZ

Geldinstitut

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:

Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

Name 1 Name und Geburtsdatum

Straße 2 Name und Geburtsdatum

PLZ, Ort 3 Name und Geburtsdatum

SoVD Ortsverband 4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

SoVD-Interview mit dem Pflegeexperten Claus Fussek

„Mit schlechter Pflege werden Milliarden verdient“

Mehr Leistungen für Pflegebedürftige, etwas höhere Beiträge, aber keine tief greifende Finanzreform – das sind die Eckpunkte der von den Koalitionsspitzen beschlossenen Pflegereform. Aus aktuellem Anlass hat die SoVD-Redaktion den Pflegeexperten, Claus Fussek, gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

Herr Fussek, die Regierung hat sich geeinigt. Sie will u. a. mehr Geld für Demenzzranke und ambulant Betreute ausgeben. Von einer langfristigen Sicherung der Pflegeversicherung kann man wohl kaum sprechen. Was sagen Sie zu dieser Pflegereform?

Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, dass wir nicht über Luxus sprechen, sondern über unsere eigene Zukunft und über die Versorgung unserer eigenen Eltern und

Großeltern, die unter uns leben. Wir wissen seit Jahrzehnten, dass Menschen älter werden. Wir wissen auch, dass mehr Menschen dement werden, wir viel Hilfe brauchen und Entlastung notwendig ist. Spätestens bei der Einführung der Pflegeversicherung war auch klar, dass wir vor allem weitreichende Angebote für Menschen mit Demenz brauchen – ambulant wie stationär. Wir wissen, dass die Familien entlastet werden müssen und wir wissen, dass irgendwann eine Gesetzesänderung kommen muss. Und jetzt kommt etwas, das den Namen nicht verdient. Es ist ein Bruch des Koalitionsvertrages, aber es stört niemanden, weil ja alle den Vertrag gebrochen haben. Ich empfinde die Diskussion so, als wenn wir versuchen, mit einer Wasserpissole einen Waldbrand zu löschen. Es ist eine beschämende und in dem Zu-

sammenhang würdelose Diskussion.

Was hätten Sie von einer Reform der Pflegeversicherung erwartet?

Das, was Experten konzentriert in den letzten Jahren zu Papier gebracht haben. Es gibt zahlreiche Forderungen, die notwendig sind. Wir kennen die Missstände, wir wissen um die strukturellen Defizite, aber keiner traut sich ran. Was ich erwartet hätte, ist, dass man zunächst endlich mal offen und ehrlich diskutiert: Was brauchen Familien? Wie wollen pflegebedürftige Menschen leben? Welche Veränderungen brauchen wir auch in Pflegeheimen? Ich hätte erwartet, dass Praktiker mit an den Tisch geholt werden.

Kranken- und Pflegeversicherung müssten zusammengelegt werden. Prävention und Rehabilitation waren und sind Kernstücke der Pflegeversicherung. Wir hätten einen Paradigmenwechsel gebraucht. Was wir weiterhin brauchen, ist endlich eine Kostentransparenz. Mit schlechter Pflege werden Milliarden verdient. Ich gehe inzwischen mit meiner Forderung so weit, die Pflegestufe im Heim abzuschaffen, weil die absolut nichts bringt. Problematisch ist im Moment: Gute Pflege wird bestraft, schlechte belohnt. Ein Beispiel: Eine ältere Frau in einem Heim hat Pflegestufe II. Sie wird gut gepflegt und fängt wieder an, selbstständig zu werden. Sie kann kleinere Dinge wieder alleine machen und ist auf weniger pflegerische Hilfen angewiesen, und dann wird diese ältere Frau in Pflegestufe I zurückgestuft, das heißt, die Pflegekraft hat ihren eigenen Arbeitsplatz gefährdet, denn das Heim bekommt weniger Geld. Die Reform sieht nun vor, dass wenn jemand zurückgestuft wird, die Pflegeheime einen einmaligen Geldbetrag erhalten. Das ist für mich ein Weg in die richtige Richtung. Wo elementare Grundrechte und Menschenwürde infrage gestellt werden, wo es um die tägliche medizinische und pflegerische Versorgung von kranken und pflegebedürftigen Menschen, um

Claus Fussek, 54, ist Sozialpädagoge und hat in München die Vereinigung Integrationsförderung (VIF) als Anlaufstelle für Angehörige und für Pflegepersonal mit ins Leben gerufen. Über 40 000 Beschwerden über Missstände in Heimen sind seitdem eingegangen. Als Pflegeexperte hat Claus Fussek an Veranstaltungen des SoVD immer wieder teilgenommen, zum Beispiel an dem vom SoVD mitinitiierten Projekt Aktion gegen Gewalt in der Pflege (AGP). Fussek ist Mitglied des „Runden Tisches Pflege“ in Berlin. Seit vielen Jahren engagiert sich er dafür, alten



und behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sein Augenmerk gilt v. a. der Pflege und den Pflegeheimen.

menschenwürdige Arbeitsbedingungen geht, müssen geschäftliche Interessen ihre Grenzen haben.

Sie prangern die Missstände in Pflegeheimen an. Warum ändert sich nichts?

Man könnte es etwas abstrakt formulieren: Was man nicht sieht, gibt es auch nicht. Wir wollen es nicht wissen, weil das Wissen belastet, und so wird es massiv verdrängt. Wenn alle die in der Pflege Tätigen ihrer Verantwortung nachkämen, könnte es diese Missstände vor allem in diesem Ausmaß nicht geben.

Sie setzen sich seit vielen Jahren für die Rechte und die Würde alter Menschen ein. Immer wieder werden aber Mängel in der stationären und häuslichen Pflege bis hin zu körperlicher und seelischer Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen bekannt. Woher nehmen Sie die Kraft, sich weiter zu engagieren?

Zunächst müssen wir das Wort Mängel ändern. Mangel klingt nach einem Kratzer am Auto. Wir müssen klar und deutlich benennen, was das ist. Das sind schwere Menschenrechtsverletzungen, das ist Körperverletzung, das ist unterlassene Hilfeleistung.

Woher ich die Kraft nehme? Das

frage ich mich inzwischen tatsächlich selber. Zunächst habe ich natürlich die Rückendeckung meiner Familie und vieler Mitkämpfer. Ich bin kein Einzelkämpfer mehr. Es gibt viele, die mitstreiten, an oberster Stelle zum Beispiel auch Politprominenz. Ich nenne hier meinen Freund Dieter Hildebrandt. Immer mehr Pflegekräfte und Heimleiter machen den Mund auf und beenden ihr Schweigen. Ich habe Hoffnung, weil wir auch Erfolge verzeichnen können. Ich sehe vor Ort, dass sich regional etwas verändert zum Besseren. Und meine Hoffnung ist die, dass immer mehr Menschen endlich begreifen, dass wir für diese Zustände in der häuslichen und stationären Pflege verantwortlich sind. Missstände in der Pflege sind keine Naturkatastrophe. Wir wissen, dass es auch anders geht.

Vom wem wollen Sie persönlich im Alter gepflegt werden?

Ich habe von meinen Kindern ein Plakat bekommen: Sei lieb zu deinen Kindern, denn sie suchen dir später das Pflegeheim aus.

Vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Dr. Simone Real.

BUCHTIPP

Alt und abgeschoben

Der Pflegenotstand und die Würde des Menschen

Sauber, satt und allein gelassen. Oder schlimmer: Ausgetrocknet, ausgehungert, abgestellt und abgeschrieben. Was verbirgt sich hinter den Mauern der Pflegeheime? Claus Fussek legt eine präzise dokumentierte Kampf- und Anklageschrift vor. Mit Sven Loerzer schreibt er gegen eine Mauer des Schweigens und Verdrängens an. Ein Thema, das uns alle angeht. Claus Fussek und Sven Loerzer, *Alt und abgeschoben – Der Pflegenotstand und die Würde des Menschen*, Verlag Herder, ISBN: 978-3-451-05862-2, 192 Seiten, 9,90 Euro



Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare des Buches. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin (bitte un-

bedingt das Stichwort „Buchtipps-Verlosung“ nennen!). Einsendeschluss: 15. August 2007.

Von Jutta Kühl,
Mitglied im
Ausschuss für Frauenpolitik
des SoVD-
Bundesverbandes

Armut in Deutschland ist weiblich!

Deutschland gehört zu den reichsten Ländern der Erde. Seit 1991 hat sich das Geldvermögen hierzulande von 2 auf heute 4,2 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Statistisch verfügt damit jeder Haushalt über ein Geldvermögen von durchschnittlich 133 000 Euro. Die Weltbank spricht sogar von einem Pro-Kopf-Reichtum von 404 447 Euro, wenn man Bildungsressourcen, Umweltstandards etc. in die Rechnung mit einbezieht. Fantastische, ja großartige Zahlen, denen nur ein, wenn auch gravierender Schönheitsfehler anhaftet: Sie haben mit der Realität überhaupt nichts zu tun.

en sind deutlich niedriger als bei Männern. Außerdem führt die Tatsache, dass sich weite Teile der Politik immer noch an einem Familienmodell orientieren, das für Männer die „Hauptnährerrolle“ und für Frauen die Rolle der „Zuversorgerin“ vorsieht, dazu, dass Frauen aus dem regulären Arbeitsmarkt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden.

Egal, wie Frauen leben, ob alleine oder in Partnerschaft: Von der Möglichkeit, ein materiell wie kulturell eigenständiges Leben zu führen, sind viele ausgeschlossen. 70 Prozent der

Armen sind Frauen – weltweit.

Unter dieser Situation leiden nicht nur die Frauen selbst, sondern zunehmend auch ihre Kinder. Meist sind die Mütter alleinerziehend und sehen sich neben den Geldsorgen einer Vielzahl von seelischen Problemen gegenüber. Insbesondere liegt ihnen am Herzen, dass ihre Kinder in eine positive Zukunft gehen. Umso mehr schmerzt es, dass bereits heute jedes siebte Kind in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze lebt. Diese Zahl spiegelt nicht nur die soziale Verarmung in unserem Land wider,

**Frauen im
SoVD
Das Thema**



Anzeige

Lifta, der Treppenlift



Jetzt auch zur Miete

- ▶ Lifta paßt praktisch überall
- ▶ Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- ▶ Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- ▶ Über 60.000 verkaufte Liftas
- ▶ Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- ▶ Eigener Kundendienst bundesweit
- ▶ 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de



Freiwillig geprüfte
Beratungs- und Servicequalität



Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name / Vorname

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Tel.-Nr.

Lifta GmbH, Abt. SOV 19, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

SoVD Schleswig-Holstein bei Peter Harry Carstensen

Treffen mit dem Ministerpräsidenten

Zu einem Gedankenaustausch über sozialpolitische Themen traf sich der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, mit dem SoVD-Landessitzenden Sven Picker sowie dessen Stellvertretern Karin Oswald und Hans-Joachim Tümmler. Ebenfalls an dem Gespräch teilnahm die Sozialministerin, Dr. Gitta Trauernicht.

In der von einer guten Atmosphäre geprägten Diskussion verlieh die SoVD-Landesspitze ihrer Befürchtung Ausdruck, dass die bereits jetzt zu beobachtende Spaltung der Gesellschaft in arm und reich weiter

zunehmen werde, wenn die Politik dieser Entwicklung nicht energisch entgegensteuere. Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit – über Jahrzehnte Grundpfeiler unseres Gemeinwesens – müssten

wieder stärker in politische Entscheidungen einfließen. Mit der vom Ministerpräsidenten sehr interessiert aufgenommenen Kampagne Gut tun – tut gut gehen die Mitglieder des SoVD mit gutem Beispiel voran.

Angesprochen wurde darüber hinaus die große Einschulungsaktion des schleswig-holsteinischen SoVD. Auch in diesem August werden wieder zahlreiche Ortsverbände die ABC-Schützen an ihrem ersten Schultag begleiten und ihnen mit dem Rolanbären, den „Blinkis“ und anderen Geschenken eine Freude machen. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen lobte die Aktion ausdrücklich und bezeichnete sie als vorbildlich im Sinne eines generationenübergreifenden Miteinanders.

Auch Sozialministerin Dr. Trauernicht würdigte das Engagement des Verbandes und betonte die gute Zusammenarbeit beider Häuser. Die Gespräche zwischen Mitgliedern der Staatskanzlei und des SoVD sollen in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.



Austausch von SoVD und Politik (von links): Hans-Joachim Tümmler, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Karin Oswald, Sven Picker und Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht.

Reichsbund Stiftung

Eine Stiftung für Bedürftige

Die Reichsbund Wohnungsbau GmbH, eine Gesellschaft des Sozialverband Deutschland, ist den Mitgliedern des SoVD als bundesweit tätige Wohnungsbau-Gesellschaft mit sozialem Auftrag gut bekannt. Noch nicht so richtig herumgesprochen hat sich allerdings die Tatsache, dass die Reichsbund-Wohnungsbau im Herbst vergangenen Jahres eine Stiftung ins Leben gerufen hat, die den sozialen Anspruch der Gesellschaft – und des Sozialverband Deutschland – in konkrete Hilfe für Bedürftige übersetzen will.

Die Reichsbund Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Hannover. Ihr Zweck ist die Unterstützung bedürftiger Personen in Einzelfällen sowie die Förderung von Maßnahmen für junge und ältere Menschen, für kranke Menschen und solche mit Behinderungen. Außerdem sollen Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit gefördert werden.

Im Einzelnen ist unter anderem Folgendes geplant:

- Förderung von Maßnahmen für sozialpädagogische Einrichtungen
- Förderung von Maßnahmen für Kindervollheime und in ähnlichen Einrichtungen betreute Kinder
- Förderung von Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge (Prävention)
- Förderung von Projekten für Personen in besonderen, schwierigen Lebenslagen
- Förderung von Bildungs-, Erholungs- und Freizeitangeboten für Menschen mit Behinderung
- Unterstützung bedürftiger Kriegsoffer



Ein Faltblatt informiert umfassend über Sinn und Zweck der Stiftung und enthält einen Spendenvordruck. Zu beziehen ist es über die Reichsbund Stiftung, Lehmannstraße 1, 30455 Hannover.

Spenden und Erträgen des Stiftungskapitals finanziert. Um die Arbeit der Stiftung zu unterstützen, haben Sie zwei Möglichkeiten:

1. Zustiftung: Durch eine Zustiftung wird das vorhandene Stiftungskapital erhöht, was somit zu dauerhaften Verzinsungen führt. Dadurch werden Projekte nachhaltig unterstützt.

2. Spende: Spenden sind von der Stiftung zeitnah zu verwenden. Somit werden einzelne Projekte in erster Linie kurzfristig unterstützt.

Übrigens: Zustiftungen und Spenden können steuer-mindernd sein.

Neuer Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Sozialgerichtsverfahrens

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat im Mai einen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Sozial- und Arbeitsgerichtsgesetzes vorgelegt. Bereits in der Vergangenheit hatte der Bundesrat mehrere Gesetzentwürfe vorgelegt, die das Sozialgerichtsverfahren beschleunigen sollen. Allerdings enthielten sie stets Maßnahmen, die nach Auffassung des SoVD den Rechtsweg gerade für Versicherte, behinderte Menschen und Sozialleistungsempfänger erschweren würden, darunter eine Einschränkung der Berufungsmöglichkeit und die Einführung von Gerichtsgebühren.

Der nunmehr vom BMAS vorgelegte Entwurf hebt sich erfreulich von dem bisher Vorgelegten ab und greift Vorschläge aus der Praxis auf. Er ist bemüht, den Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens Rechnung zu tragen, das so gestaltet werden muss, dass es eine „Waffengleichheit“ zwischen Versicherten und Leistungsempfängern einerseits und einer hoch spezialisierten Leistungsverwaltung andererseits herstellt. Allerdings sieht der Entwurf auch einige wenige Änderungen vor, die der SoVD nicht unterstützen wird – darunter die Einführung von Präklusionsregelungen. Danach sollen Kläger Tatsachen oder Beweismittel unter bestimmten Umständen nicht mehr vorbringen können, wenn das Gericht hierfür eine Frist gesetzt hat und diese überschritten wurde. Der SoVD hält solche Regelungen für das Sozialgerichtsverfahren für ungeeignet. Er wird zu dem Referentenentwurf eine Stellungnahme anfertigen und diese dem BMAS übersenden. Positiv ist in jedem Fall, dass das BMAS sich im Mai klar für die Beibehaltung der eigenständigen Sozialgerichtsbarkeit ausgesprochen hat. sh

Faltblatt: Info gegen Diskriminierung im Alter

Die Landesseniorenvertretung von Nordrhein-Westfalen (LSV NRW) und das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) haben ein neues, kostenloses Faltblatt „Altersdiskriminierung – und was tun?“ herausgegeben.

„Altersdiskriminierung wirkt zerstörerisch auf eine Gesellschaft, in der alle Generationen solidarisch zusammenleben sollen“, sagen Dr. Uta Renn (Vorsitzende LSV NRW) und Klaus Großjohann (Geschäftsführer KDA). Im Flugblatt wird kurz und anschaulich erklärt, was Altersdiskriminierung ist und wie sich Betroffene dagegen zur Wehr setzen können. Das Faltblatt sowie weitere Informationen zum Thema Altersdiskriminierung gibt es zum Herunterladen im Internet unter: www.lsv-nrw.de oder unter www.kda.de.

Rechtzeitige Vorsprache bei Arbeitsagentur sicherte längeren Bezug von ALG I

Zum 1. Februar 2006 hat der Gesetzgeber die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I (ALG I) von zuvor maximal 32 Monaten auf maximal 18 Monate verringert. Besonders ärgerlich war diese Gesetzesänderung für diejenigen Betroffenen, die genau zu diesem Zeitpunkt oder unmittelbar danach arbeitslos wurden und deshalb den alten Anspruch nur knapp „verpasst“ hatten. So erging es auch einer Frau in Nordrhein-Westfalen, deren Arbeitsverhältnis zum 31. Januar 2006 gekündigt wurde. Sie wurde darüber hinaus bereits ab Juli 2005 von der Arbeit unwiderruflich freigestellt. Vorsorglich meldete sich die Frau daher bereits Anfang Juli 2005 bei ihrer zuständigen Arbeitsagentur Arbeit suchend. Nachdem sie dann Anfang Februar einen regulären Antrag auf Arbeitslosengeld gestellt hatte, wurde ihr die Leistung aber nur noch für einen kürzeren Zeitraum gemäß der neuen Gesetzeslage bewilligt. Hiergegen wandte sich die Frau erfolgreich per Klage vor dem Sozialgericht Aachen: Das Gericht wertete die erste Vorsprache bei der Arbeitsagentur im Juli 2005 bereits als Arbeitslosmeldung und nicht nur als sogenannte Arbeitsuchendmeldung. Denn wenn der Betroffene Umstände mitteilt, die eine bereits eingetretene Arbeitslosigkeit erkennen lassen, dann sei seiner Vorsprache der Sinngehalt einer Arbeitslosmeldung beizumessen. Das Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs aufgrund der Freistellung hindere nicht dessen Entstehen (Urteil vom 26.9.2006 – AZ: S 11 AL 34 / 06).

Auch das Sozialgericht Köln vertritt die Rechtsauffassung der Richterkollegen aus Aachen: In einem ähnlich gelagerten Fall endete das Arbeitsverhältnis des dortigen Klägers gleichfalls zum 31. Januar 2006, wobei dieser zuletzt arbeitsunfähig krank geschrieben und schließlich für die letzten Tage freigestellt worden war. Dank der erfolgreichen Vertretung durch Franz-Josef Welter, 2. Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und SoVD-Bundesvorstandsmitglied, wurde die frühzeitige Vorsprache des Klägers bei der Arbeitsagentur bereits am 26. Januar 2006 als rechtzeitige Arbeitslosmeldung gewertet, so dass dieser noch in den Genuss eines längeren Arbeitslosengeldbezugs nach altem Recht kam. Das Verfahren endete mit einem Anerkenntnis der Arbeitsagentur (AZ: S 14 AL 57 / 06). hb

Bitte im geschlossenen Briefumschlag versenden:

Ich möchte die Reichsbund Stiftung bei ihrer Arbeit unterstützen.

Name: €

Vorname:

Straße:

PLZ:

Hiermit ermächtige ich die Reichsbund Stiftung obenstehenden Betrag einmalig von dem angegebenen Konto einzuziehen.

Datum:

Unterschrift:

Gerne können Sie auch eine Banküberweisung vornehmen: Reichsbund Stiftung Kto 622 996 700
HypoVereinsbank BLZ 200 300 00

Herzlichen Dank!

Mit diesem Vordruck können Sie direkt Gutes tun – sei es in Form einer Spende oder einer Zustiftung (siehe Text).

Politiker fordern zu gesunder Ernährung auf

Volksvertreter mit Vorbildfunktion

Bereits Anfang Mai stellten Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) ihr Eckpunktepapier vor: „Gesunde Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“. Ermahnen die Politiker ihre Wähler damit zu einem Verhalten, das sie selbst nicht an den Tag legen? Oder sind sie aufrichtig um die Volksgesundheit besorgt?

Der Eindruck könnte schnell entstehen: Da predigt jemand den Genuss von Wasser und hat selbst einen gut gefüllten Weinkeller. Dabei hatte die Aktivität der beiden Minister durchaus einen ernsten Hintergrund. Studien zufolge seien mittlerweile rund 37 Millionen Erwachsene und zwei Millionen Kinder in Deutschland zu dick oder sogar adipös (fettleibig). Der daraufhin verabschiedete „nationale Aktionsplan“ stieß jedoch nicht nur auf Verständnis.

Zumindest unter den Internetnutzern, die uns ihre Kommentare zu der Frage des Monats Juni geschickt haben, war die Irritation groß. Zwar fand Irmgard Rudigier-Reuter aus Rastdorf unterstützende Worte: „Es ist immer noch besser, als untätig der erschreckenden Entwicklung zuzusehen.“ Doch damit war sie eindeutig in der Minderheit – die Mehrheit der abgegebenen Kommentare hob auf die Vorbildfunktion der Politiker ab, die ruhig selbst einmal „auf die Waage steigen sollten“.

Wolfgang Peters aus Berlin stimmte in diesen Tenor ein: „Die Damen und Herren Schmidt und Seehofer haben auch nicht gerade eine Traum-



Foto. BMG / www.die-praevention.de

Und sie bewegt sich doch: Gemeinsam mit Dr. Harald Ringstorff (li.) und der Sängerin Jeanette Biedermann (re.) spazierte Ulla Schmidt durch den Müritz-Nationalpark.

figur (...) In der Bevölkerung fehlt es an dem nötigen Kleingeld, sich gesund zu ernähren. Auch Renten, die unter dem Minimum zum Leben liegen, sind nicht geeignet, um sich Obst zu leisten.“

Susanne Braun aus Weyhe wies darauf hin, dass neben den nahe-

liegenden Aspekten auch andere Dinge berücksichtigt werden müssen: „Übergewicht liegt nicht immer an der falschen Ernährung, sondern kann auch medizinische oder genetische Ursachen haben.“

Zur Ehrenrettung von Ulla Schmidt sei abschließend noch erwähnt, dass das Bundesgesundheitsministerium auch bereits vor dem diskutierten Aktionsplan Kampagnen zum Thema Bewegung ins Leben gerufen hat. Unter dem Motto „Jeden Tag 3000 Schritte extra“ zog die Ministerin erst zuletzt gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringstorff, und begleitet von rund 800 Bürgerinnen und Bürgern durch den Müritz-Nationalpark.

Frage des Monats – Ihre Meinung

Begrüßen Sie die Idee der Bundesregierung, die übergewichtigen Menschen in Deutschland mit einem Aktionsplan auf Trab zu bringen? Das wollten wir im vergangenen Monat von den Lesern der SoVD-Zeitung wissen. Von den gut 100 Teilnehmern an der Umfrage haben 55 Prozent ihr Unverständnis geäußert, während die restlichen 45 Prozent den Vorstoß begrüßten.

Die Frage des Monats Juli finden Sie auf der Seite 10.

Wohnungsunternehmen startet Kampagne im Ruhrgebiet

Rentnerparadies im Osten? Leipzig wirbt im Westen um Senioren

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) bekämpft den Leerstand ihrer Mietwohnungen auf ungewöhnliche Weise: Mit einer Werbekampagne in verschiedenen westdeutschen Städten sollen Senioren zum Umzug in die ostdeutsche Metropole animiert werden. Auf nachempfundenen Medikamentenschachteln heißt es: „Leipzig – Für Senioren garantiert gut verträglich!“

Zahlreiche Kommunen in den neuen Bundesländern sehen sich seit Jahren mit einem Rückgang ihrer Einwohnerzahlen konfrontiert. Das Problem ist, dass gerade in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze fehlen und dadurch junge Menschen ihre berufliche Zukunft im Westen suchen. Die Folge: Allein in Leipzig

stehen tausende von Wohnungen leer. Diesen Zusammenhang hat auch die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) erkannt und aus der Not eine Tugend gemacht.

Mit einer originellen Werbekampagne möchte sich der kommunale Vermieter eine Zielgruppe erschließen, für die der Mangel an Jobs

in der Regel kein Problem darstellt – Seniorinnen und Senioren. Bereits jetzt wurden in Frankfurt, Wuppertal, Duisburg und Remscheid Informationspäckchen verteilt, die bewusst im Stil von Medikamentenverpackungen gestaltet sind. Umzugswillige finden in diesen Schachteln Bilder und Informationen zu den Vorzügen der Messestadt im Osten. Hauptargumente der LWB sind die niedrigen Lebenshaltungskosten sowie die hohe – und vor allem auch bezahlbare – Lebensqualität.

Bereits jetzt haben zahlreiche Menschen aus Nordrhein-Westfalen Informationen angefordert. Im nächsten Schritt kann sich ein Teil von ihnen auf einer dreitägigen Busreise ein eigenes Bild von ihrer möglicherweise neuen Heimat machen. Ende Juli geht es für sie zu Stadtrundfahrt, Kulturprogramm und gemeinsamem Essen nach Leipzig.

Nähere Informationen gibt es unter www.lwb.de oder direkt bei der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft, Prager Straße 21, 04103 Leipzig, Katrin Schellert, Tel.: 03 41 / 9 92 40 00.



Foto. LWB

Ungewöhnliche Werbeaktion: Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie den Packungsinhalt oder fragen Sie Ihren kommunalen Wohnungsanbieter.

Die Bundesschatzmeisterin informiert

Vorsicht vor Schufa-freien Krediten

In der Vergangenheit ist die Zahl der überwiegend unseriösen Anbieter, die Kredite ohne eine vorherige Auskunft der Schufa (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) anbieten, extrem angestiegen. Hauptgrund für das wachsende Geschäft der Kredithaie ist die zunehmende Überschuldung der privaten Haushalte.

Die Werbetexte der Anbieter klingen attraktiv: Kredite, die schnell, einfach und ohne Auflagen ausbezahlt werden. Offerten dieser Art sind unter anderem im Anzeigenteil von Zeitungen, im Internet, im Videotext von Privatfernsehsendern oder bei Online-Auktionshäusern zu finden.

Der Ideenreichtum kennt dabei keine Grenzen. Von Vermittlungsgebühren in Höhe von 2500 Euro

bis zum Verweis auf teure Hotlinenummern oder sogar Hausbesuche, die mit über 200 Euro abgerechnet werden, ist alles dabei. Ob es nach einem oft teuren Beratungsgespräch jedoch zum Abschluss eines Kredites kommt, ist dabei keinesfalls sicher.

Von Schufa-freien Angeboten ist abzuraten, denn in der Regel kommen sie den Betroffenen teurer zu stehen, anstatt ihn wie versprochen mit „schnellem Geld“ zu versorgen. Von Kreditvermittlern, die keine Sicherheiten verlangen, sollte man auch die Finger lassen. Denn leider ist es so, dass unseriöse und angebliche Kreditvermittler die finanzielle Notlage der Menschen kaltblütig ausnutzen. Kreditnehmern dürfen durch eine Offerte keinerlei Vorkosten entstehen!

Virtuelle Ratgeberin: Clara beantwortet Fragen zur Gesundheitsreform

Das Bundesministerium für Gesundheit hat sein interaktives Informationsangebot erweitert. Die virtuelle Ratgeberin Clara ist zurück und informiert auf der Internetseite www.die-gesundheitsreform.de über die Gesundheitsreform 2007. Clara weiß Antwort auf Fragen rund um Themen wie Versicherungsschutz für alle, Wahltarife bei den gesetzlichen Krankenkassen oder Leistungsausweitungen bei Impfungen und Rehabilitation. Hinter der beflissenen Ratgeberin verbirgt sich ein Datenbanksystem, das um 400 Fragen und Antworten ergänzt wurde und nun insgesamt 3600 Beiträge bereithält. Wenn Clara wider Erwarten jedoch einmal nicht weiter weiß, verweist sie die Besucherinnen und Besucher einfach an das Bürgertelefon.



Foto: Muhrbeck

SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz hat eine Kooperation zwischen dem SoVD und der Top Ticket Line GmbH in Berlin abgeschlossen. Freuen Sie sich auf die romantische Liebesgeschichte des Broadway-Musicals „Die Schöne und das Biest“!

Top-Angebot für SoVD-Mitglieder „Die Schöne und das Biest“ am Potsdamer Platz

Der SoVD hat mit der Top Ticket Line GmbH einen Kooperationsvertrag für das Musical „Die Schöne und das Biest“ geschlossen. Der Vertrag ermöglicht SoVD-Mitgliedern den Besuch des Musicals zum Sonderpreis: In den Preisklassen eins bis drei wird ein Preisnachlass von 10 Euro pro Karte bis zum 10. September gewährt. Informationen und Bestellungen können unter der Hotline 0 18 05/44 44 mit Angabe der Kundennummer 3 03 86 44, unter dem Stichwort: Aktion Sozialverband Deutschland, vorgenommen werden.

Vorsorge nicht nur zur Ferienzeit

Zusätzlicher Schutz im Urlaub – welche Versicherung lohnt sich?

Wer in den Urlaub fährt, der möchte rundum abgesichert sein. Schlimm, wenn die schönsten Wochen des Jahres durch finanzielle Belastungen gestört würden. Da wird schnell noch ein Versicherungs-Check gemacht. Doch es gibt Risiken, die besser generell – also nicht nur im Urlaub – abgedeckt sind.

Keine Diskussion sollte es um eine **Auslandsreise-Krankenversicherung** geben, die den gesetzlichen Krankenversicherungsschutz für etwa einen „Zehner“ im Jahr ergänzt und sich meist auch für die privat Krankenversicherten (wegen der Schonung ihres „Schadenfreiheitsrabattes“ in der Hauptversicherung) empfiehlt. Solche Versicherungen finanzieren auch den medizinisch notwendigen Rücktransport, für den die gesetzlichen Krankenkassen nicht zuständig sind.

Ein **Auto-schutzbrief** ist da-

gegen nicht unbedingt erforderlich. Er könnte aber Nerven schonen. Denn es werden nicht nur Kosten für Pannen- und Unfallhilfe, Bergung, Abschleppen, Weiter- und Rückfahrt und Übernachtung übernommen. Im Falle eines Falles gibt es auch Rechtsbeistand oder ein Notfalldarlehen, wenn der Urlauber bestohlen wurde.

Haftpflichtversicherung: Ersatzansprüche drohen immer dann, wenn einem anderen schuldhaft ein Schaden zugefügt wurde. Und „Gelegenheiten“ dazu gibt es nicht nur im Urlaub. Die private Haftpflichtversicherung schützt aber auch in den Ferien. Niemand sollte „ohne“ sein – ob während oder außerhalb des Urlaubs.

Kurzkasko: Zwar gilt die Kfz-

Haftpflichtversicherung auch im europäischen Ausland. Doch lassen sich Haftpflichtansprüche außerhalb Deutschlands oft nur mühsam

Ob eine **Reisegepäckversicherung** für nötig gehalten wird, ist Geschmackssache – vor allem wegen der vielen Leistungsausschlüsse.

Wichtiger ist da schon eine **Reiserücktrittskosten-Versicherung** – insbesondere wenn eine teure Reise gebucht wurde und eine Stornierung kurz vor Reisebeginn (etwa wegen schwerer Krankheit oder eines Sterbefalls in der Familie) teuer zu stehen kommen würde. Sie hilft allerdings nicht, wenn während des Urlaubs ein wichtiger Grund zur vorzeitigen Beendigung der

Reise führt. Hierfür würde nur die **Reiseabbruchkostenversicherung** eintreten.

Unfallversicherung: Die gesetzliche Unfallversicherung „ruht“ während des Urlaubs. Sie kommt nur für Arbeitsunfälle auf. Eine private Unfallversicherung nur für die Ferien abzuschließen, ist wenig sinnvoll, weil zu teuer und meistens auch nur zu geringen Versicherungssummen zu erhalten. Außerdem: Unfallrisiken bestehen das ganze Jahr über. Die private Unfallversicherung gehört deshalb bei vielen Bundesbürgern zum „Pflichtpaket“ – vor allem in jungen Jahren und speziell dann, wenn eine Berufsunfähigkeitsversicherung nicht abgeschlossen werden kann – etwa aus gesundheitlichen Gründen. *W.B.*



Foto: vandalay / photocase

Damit der Urlaub kein Sprung ins kalte Wasser wird, sollte man vorher klären, welche zusätzlichen Versicherungen sinnvoll sind und welche nicht.

durchsetzen – wenn überhaupt. Zumal mit geringeren Versicherungssummen gerechnet werden muss als hierzulande. Eine Kasko-Kurzpoliche kann solchen Unannehmlichkeiten vorbeugen – falls nicht ohnehin eine Vollkaskoversicherung besteht. Sie ersetzt Unfallschäden am eigenen Fahrzeug unabhängig davon, wer sie verursacht hat.

Rechtsschutzversicherung: Wer ohnehin keine Rechtsschutzversicherung hat, der hält sie nicht für wichtig und geht davon aus, im Streitfall selbst klar zu kommen (beziehungsweise den Rechtsanwalt finanzieren zu können). Das gilt dann auch für den Urlaub – es sei denn, wegen der schwierigen Rechtsverfolgung im Ausland wird eine Kurzpoliche für sinnvoll gehalten.

integ-Jugend im SoVD

Bundestreffen in Frankfurt am Main

Traditionell veranstaltete die **integ-Jugend zum Himmelfahrtswochenende ihr Bundestreffen. Ziel war dieses Mal Frankfurt am Main.**

Vom 17. bis 20. Mai war es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vergönnt, die laut Statistik kriminellste Stadt der Republik in all ihrer Schönheit kennenzulernen. Sei es die

Freundlichkeit der Anwohner, das friedliche Zusammenleben so vieler Kulturen oder einfach das Liegen am wunderschönen Mainufer mit Skyline im Hintergrund. Frankfurt hatte der integ viel zu bieten.

Den Donnerstagabend nutzten einige der Mitgereisten, um das Vergnügungsviertel Sachsenhausen in Augenschein zu nehmen. Der Freitag

stand dann im Zeichen des Geldes. Bei einem Besuch der Deutschen Börse gab es ein Referat zum modernen Aktienhandel zu hören. Am Nachmittag ging es dann zu einem Einkaufsbummel auf Deutschlands teuerste Einkaufsmeile, die „Zeil“.

Als ein weiteres inhaltliches Highlight des Bundestreffens erwies sich der Samstagmorgen mit einem Beitrag zu den Arbeitsbedingungen für junge Menschen im Frankfurter Bankenwesen. Hierfür konnten wir den Schwerbehindertenbeauftragten der Deutschen Bundesbank, Felix Spormann, gewinnen. Er stellte sich den Fragen vor allem zu den Themen Bewerbung und Einstieg in das Berufsleben. Mit viel Applaus wurde Spormann von zufriedenen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern nach der Podiumsdiskussion in sein wohlverdientes Wochenende entlassen.

Den Samstagnachmittag nutzten dann die meisten zur Vorbereitung für die abends anstehende Abschlussparty. Diese fand auf dem Campus Westend der Universität Frankfurt statt und hinterließ viele zufriedene Gesichter, bevor es am Sonntag wieder nach Hause ging.



Maik Theede-Fagin (integ Jugendreferat), Felix Spormann (Schwerbehindertenvertreter Deutsche Bundesbank), Thomas Harms (kommissarischer Bundesvorsitzender integ)



Foto: Schlemmer

Südseegefühle in Brandenburg – ein Kooperationsvertrag zwischen dem SoVD und dem Tropical Island bei Berlin macht diesen Traum erschwinglich. Abgeschlossen hat den Vertrag SoVD-Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe (im Bild rechts, mit Julia Dus, Gebietsleiterin Marketing Sales Kooperationen im Tropical Island).

Tropen-Feeling in Norddeutschland – für SoVD-Mitglieder zum Sonderpreis

Von Deutschland in die Tropen – das ist entweder eine kostspielige, zeitaufwendige Flugreise oder eine unkomplizierte (Auto-) Fahrt nach Brand in der Niederlausitz (Brandenburg). Dort, 60 Kilometer südlich von Berlin, befindet sich in einer riesigen Halle Deutschlands „größte tropische Freizeitwelt“, eine Badelandschaft mit Sandstrand und echten Palmen. Für SoVD-Mitglieder gibt es den Freizeitspaß jetzt sogar zum Sonderpreis: Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe hat nämlich mit der Tropical Island Management GmbH einen Kooperationsvertrag geschlossen. SoVD-Mitglieder zahlen ab sofort 5 Euro weniger pro Ticket. Erwachsene zahlen beispielsweise in der Hauptsaison statt der regulären 24,50 Euro nur 19,50 Euro. Um das Angebot in Anspruch nehmen zu können, müssen Mitglieder ihre SoVD-Karte vorzeigen. Pro Karte können maximal zwei Erwachsene und zwei Kinder in den Genuss der Vorzugspreise kommen.

Weitere Informationen zu den Eintrittspreisen finden Interessenten auf der SoVD-Homepage (www.sovd.de) unter dem Punkt „Kooperationen“. Hinweise zum Tropical Island (zum Beispiel zu den Anreisemöglichkeiten) gibt es auf www.my-tropical-islands.com oder am Service-Telefon: 03 54 77 / 60 50 50 (täglich von 8 bis 21 Uhr).



Foto: Mellenthin / Ulrich Alber

Die Belohnung für den Aufstieg: Ein Ausblick weit über die Häuser der Stadt Ulm hinweg – für Menschen im Rollstuhl nicht alltäglich.

Rollstuhlfahrer erklimmen Kirchturm mit 392 Stufen

Am 14. Juni hatten sich 16 Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer etwas für sie – leider – Ungewöhnliches vorgenommen. Bei strahlendem Sonnenschein machten sie sich auf den Weg zur Aussichtsplattform des Ulmer Münsters in 70 Meter Höhe. Über eine enge Wendeltreppe ging es 392 Stufen nach oben. Möglich war dies dank eines mobilen Treppensteigers, den die Ulrich Alber GmbH zur Verfügung gestellt hatte.

Bereits zum siebten Mal kamen behinderte Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet zur Besteigung des höchsten Kirchturms der Welt nach Ulm. Wo im Alltag für sie oft schon einzelne Stufen beim Friseur oder beim Supermarkt unüberwindbare Hindernisse darstellen, genossen sie nun eine Aussicht über die Donaustadt hinweg bis ins Alpenvorland. Für Stefanie Höhe war dies noch aus anderen Gründen beeindruckend: „Als Mädchen bin ich bereits auf dem Münster gewesen – damals zu Fuß. Heute habe ich alles viel bewusster wahrgenommen. Besonders genossen hab ich den leichten Wind auf dem Turm.“

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

Vergessen Sie nicht zu trinken

Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen, sagt ein Sprichwort. Unser Körper verliert täglich ca. zwei Liter Wasser, durch Schwitzen und den Gang zur Toilette. Diese Menge muss ersetzt werden. Im Sommer ist durch die hohen Temperaturen der Bedarf an Flüssigkeit größer.



Wasser ist die wichtigste chemische Verbindung in lebenden Organismen. Auch unser Körper besteht zum größten Teil daraus. Das Wasser dient im Blutkreislauf als Transportmittel für Mineralstoffe, Proteine, Kohlenhydrate, Fette und Blutkörperchen. In den Zellen ist Wasser als Lösungsmittel und für biochemische Stoffwechselforgänge unentbehrlich. Auch für die Temperaturregulation im Körper wird Wasser benötigt.

zusammenbrechen. Nun helfen nur noch Infusionen mit Elektrolyten, um das Flüssigkeitsvolumen wieder aufzufüllen und den Zustand zu stabilisieren. Den Patienten geht es dann wieder spürbar besser, und sie können sich meist an die Ausfallerscheinungen nicht erinnern.

Die Wasserbilanz im Körper ist normalerweise ausgeglichen, sie wird durch das Durstgefühl und die Nierentätigkeit reguliert. Kommt es jedoch durch unzureichende Zufuhr von Wasser zu einem Absinken des Wasseranteils im Körper, können wichtige Funktionen nicht mehr ausgeführt werden. Durch den Volumenmangel sinkt der Blutdruck. Es folgen Kopfschmerzen, zentralnervöse Störungen und Bewusstseinstörungen, wodurch das Durstgefühl nicht erkannt werden kann. Im weiteren Verlauf treten Halluzinationen auf, und der Kreislauf kann

Um diese zu vermeiden, sollten Sie an heißen Tagen keine körperlich anstrengenden Arbeiten verrichten und genügend Wasser oder Saftschorlen trinken. Im Wasser sind Mineralstoffe gelöst, die Körperfunktionen beeinflussen. Die Menge an Natriumsalzen sollte niedrig sein, da Natrium den Blutdruck erhöht. Kalium ist wichtig für die Reizüberleitung an Nerven und Muskeln. Kalzium brauchen wir für feste Knochen und Magnesium hilft gegen Krämpfe der Muskulatur.

Ich wünsche Ihnen schöne warme Sommertage, und bleiben Sie gesund!

Körperbau, Haltung	Reifeprüfung	hebräisch: Sohn	unversehrt	Berliner Spitzname (Arthur)	Jargon: Aufputschmittel	Unterleiben	Vorwort mit Artikel	das frühere SW-Afrika	Körperteil	Bewohner ein. griech. Insel	Tinten-fischgericht	Fluss zur Elbe (tschechisch)
dt. Auto-pionier † 1929				Angehör. einer Zwerg-rasse		eine Straf-tat				Miss-trauen, Bosheit		ehem. dt. Tennis-spiele-ri
				Stadt in der Nieder-lausitz					Mittels-person, Medium			
ugs.: Wirts-haus	Falltür			Knochen-leim, Gallert						brauner Farb-stoff		Unter-suchung, Prüfung
ugs.: witziger Mensch								Fulda-Zufluss	Körper-partie			
				österr. Schrift-stellerin (Elfriede)	fetter, zäher Boden				franz.: nein	spanisch: Meer		Erbgut-träger in d. Chromo-somen
Vogel-nach-wuchs	Ge-steins-art		Pech-kohle, Gagat				däni-sche Flagge					
schrei-en						Flächen-rand	weibl. Vor-name	tropi-sches Harz		Teil des Wein-stocks		
unech-ter Schmuck	Strom in Ost-sibirien	Humus-form		fegen						nord. Götter-ge-schlecht		
							gewölbe-artige Decke		beschlie-ßende Körper-schaft	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ A ■ N ■ A ■ K ■ O ■ N ■ D ■ R ■ A ■ C ■ H ■ E ■ P ■ L ■ A ■ N ■ ■ K ■ L ■ O ■ B ■ E ■ N ■ S ■ E ■ R ■ A ■ A ■ R ■ F ■ R ■ A ■ N ■ ■ S ■ S ■ B ■ A ■ I ■ S ■ E ■ R ■ A ■ A ■ R ■ F ■ R ■ A ■ N ■ ■ B ■ U ■ G ■ A ■ T ■ I ■ S ■ A ■ M ■ U ■ L ■ A ■ T ■ L ■ I ■ N ■ T ■ ■ P ■ R ■ I ■ O ■ R ■ A ■ T ■ S ■ A ■ I ■ S ■ O ■ N ■ R ■ A ■ T ■ E ■ ■ D ■ E ■ E ■ R ■ N ■ D ■ Z ■ E ■ C ■ K ■ I ■ D ■ U ■ N ■ ■ W ■ E ■ T ■ Z ■ L ■ A ■ R ■ V ■ O ■ R ■ S ■ E ■ R ■ A ■ A ■ R ■ F ■ R ■ A ■ N ■ ■ L ■ I ■ O ■ U ■ Y ■ O ■ R ■ C ■ K ■ ■ S ■ B ■ I ■ S ■ K ■ A ■ Y ■ A ■ A ■ H ■ A ■ ■ S ■ E ■ N ■ S ■ O ■ R ■ W ■ E ■ D ■ E ■ R ■ ■ N ■ E ■ S ■ T ■ E ■ L ■ E ■ R ■		
ein-stellige Zahl				miss-günstiger Mensch								
Feder-betten-stoff							tiefe Bewusst-losigkeit					
Mineral, Speckstein				Ein-siedler, Klausner								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Die Gewinner / -innen vom Juni

Kreuzworträtsel

Renate Strahl, 59519 Mönchensee; Helmut Meyer, 29565 Wriedel; Theo Boosten, 53757 Sankt Augustin.

Rolandsuche

Hans-Peter Porschke, 22880 Wedel; Marlis Sonnenburg, 31246 Lahstedt; Franz-Josef Prunsche, 49565 Bramsche; Gisela Hoepcke, 27478 Cuxhaven; Michael Nitsch, 46537 Dinslaken.

Die Bären sind los: Die Suche nach Roland geht weiter

Ich habe mich auf drei Fotos dieser Ausgabe versteckt. Teilen Sie uns die Seiten per Postkarte/Fax mit und gewinnen Sie einen von fünf Kuschelbären. **Postanschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Roland, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax 0 30/72 62 22 – 145, E-Mail: rolandsuche@sovd.de**

Sudoku

Dietmar Schliephake, 38324 Kissenbrück; Adolf Bauer, 85055 Ingolstadt; Kerstin Busse, 37073 Göttingen.

Buchtipps

Petra Meyer-Gattermann, 31840 Hess.-Oldendorf; Alfred Franke, 01097 Dresden; Wilfried Romanowski, 45665 Recklinghausen; Sigrun Tecklenburg-Köhler, 21029 Hamburg; Karl Janorschke, 38820 Halberstadt.
Die Namen der Gewinner / -innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

4						8	9	5
	○		2	4				
6			7	5			1	
8	4	9					2	
2		7		9		4		1
	5		○			9	6	7
	8		1	3				2
			7		9			
7	1	3					○	9

Auflösung des Vormonats

5	8	3	6	9	1	2	4	7
4	7	6	5	2	8	3	1	9
1	9	2	4	7	3	6	5	8
2	4	8	7	5	9	1	6	3
3	6	7	1	8	2	5	9	4
9	1	5	3	4	6	8	7	2
8	2	4	9	6	5	7	3	1
6	3	9	2	1	7	4	8	5
7	5	1	8	3	4	9	2	6

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

2	9					5	3	
1			7	4		○		
8	7					1		
9	○		4			3		
			2	1	8			
		1			5			8
		3	○				1	6
			8	3				9
	6	9					7	3

Auflösung des Vormonats

6	7	8	3	9	2	5	4	1
1	4	3	7	8	5	6	2	9
9	5	2	6	4	1	8	7	3
7	9	4	2	6	3	1	5	8
3	6	5	1	7	8	2	9	4
2	8	1	9	5	4	7	3	6
4	3	7	5	1	6	9	8	2
8	1	9	4	2	7	3	6	5
5	2	6	8	3	9	4	1	7

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Reiseapotheke auf Verfallsdaten überprüfen

Vor dem Start in die Ferien sollten Urlauber ihre Reiseapotheke überprüfen: Bei aus dem vergangenen Jahr stammenden Medikamenten kann das Verfallsdatum überschritten sein, so die in München erscheinende Fachzeitung „Ärztliche Praxis“. Vorsicht: Das Datum gilt bei Flüssigkeiten und Salben nur für ungeöffnete Packungen. Außerdem sollten fehlende Mittel rechtzeitig ergänzt werden.

In eine Reiseapotheke gehören unter anderem Fieberthermometer, Verbandsmaterial, eine Pinzette und Mittel gegen Reisekrankheit. Dazu kommen Durchfall- und Abführpräparate, Medizin für Magenbeschwerden, Mittel zur Wunddesinfektion, Schmerztabletten sowie Salben gegen Sonnenbrand und Insektenstiche. Bei Reisen in warme Länder müssen die Lagerungshinweise für Medikamente beachtet werden. Ein geschmolzenes Schmerz- oder Fieberzäpfchen ist im Bedarfsfall niemandem mehr.

Die Frage des Monats Juli

In der Ferienzeit locken Fluglinien wieder verstärkt mit Angeboten. Gerade bei Flugreisen aber wird das klimaschädliche CO₂ freigesetzt. Wären Sie bereit, zum Schutz der Umwelt auf die Nutzung von Billigfliegern zu verzichten?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage (www.sovd.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren bzw. Ihre abgegebene Meinung zu ergänzen. Die Redaktion wertet alle eingehenden Antworten aus und bemüht sich, diese – ggf. gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>: Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: contact@sovd.de

Impressum

Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpswede, Tel.: 0 47 92/ 22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Verbreitete Auflage, IVW, 1. Quartal 2007: 398 991 Exemplare



Personalien



Hartmut Marx ist neuer 1. Vorsitzender des SoVD-Landesverbandes Baden-Württemberg.



Ilse Junge ist zur neuen 1. Vorsitzenden des SoVD-Landesverbandes Bremen gewählt worden.

Nico Hamkens ist neuer Vorsitzender der integ-Jugend im SoVD.

Aufruf an alle SoVD-Mitglieder

Nicht verpassen: Fotowettbewerb 2007

Im Mai hatten wir zu unserem Fotowettbewerb „Fotografieren Sie Ihren Ortsverband“ aufgerufen. Einige Zuschriften haben uns schon erreicht – es sollen aber noch mehr werden!

Wir wollen möglichst viele Orts- und Kreisverbandsfeiern in der SoVD-Zeitung abbilden. Machen Sie also mit und zeigen Sie uns und den anderen Mitgliedern, wie Sie Ihr Jubiläum – unabhängig von der Jahreszahl – begangen haben. Und falls Sie es erst demnächst feiern, stecken Sie einfach die Kamera ein und drücken Sie im richtigen Moment auf den Auslöser! Wir drucken so viele Bilder wie möglich ab und verlosen unter allen Einsen-



Foto: peter087 / photocase

den 30 komplette Sätze der neuen SoVD-Chronik.

Senden Sie Ihre Fotos an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin; Stichwort: Jubiläum.

Willkommen sind Abzüge auf Papier und digitale Fotos (Achtung: Die Auflösung muss mindestens 300 Pixel pro Inch betragen).

Letztere schicken Sie bitte einfach per E-Mail an: redaktion@sovd.de (Stichwort: Jubiläum). Vergessen Sie bitte den kurzen Begleittext nicht! Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2007. Die eingesandten Fotos verbleiben beim Verband. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Ein Schnappschuss kann sich lohnen: Sie machen Werbung für Ihren Ortsverband und können zusätzlich noch Preise gewinnen.

Neue SoVD-Broschüre zur Gesundheitsreform erhältlich

Einfach und verständlich, dabei aber exakt und detailliert, beschreibt die neue SoVD-Broschüre „Gesundheitsreform 2007 – Erste Informationen und Tipps für Versicherte und Patienten“, was sich seit der jüngsten Reform des Gesundheitswesens konkret verändert hat. Die Schrift ist in die vier Kapitel „Neuerungen für Patienten und Versicherte“, „Neuerungen für die Gesetzliche Krankenversicherung“, „Neuerungen im Bereich der Ärzthonorierung“ und „Neuerungen im Bereich der Privaten Krankenversicherung“ untergliedert. Angesprochen werden so wichtige Themen wie Neuregelungen bei Impfungen, bei der häuslichen Krankenpflege und den Zuzahlungsgrenzen für chronisch kranke Menschen.



Interessenten richten Einzelbestellungen bitte an: SoVD, Bundesgeschäftsstelle, Agnes Wolz, Abteilung Zentrale Aufgaben, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Bitte legen Sie einen mit 0,85 Euro frankierten DIN A4-Rückumschlag mit dem Vermerk „Büchersendung“ bei!

Zu hohe Sozialleistungen müssen zurückgezahlt werden

Wenn die Agentur für Arbeit einem Arbeitslosen versehentlich zu hohe Sozialleistungen gezahlt hat, ist dieser in bestimmten Fällen zur Rückzahlung verpflichtet. Voraussetzung sei, dass er die fehlerhafte Berechnung bemerkt oder grob fahrlässig nicht bemerkt hat, entschied das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt. (AZ: L 2 AL 128/04)

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank/ Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe _____

Table with pricing for ad lines: 2 lines = 11,90 Euro, 3 lines = 17,85 Euro, 4 lines = 23,80 Euro, 5 lines = 29,75 Euro. Includes a note about 5,95 Euro per additional line.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 051 08/92 54 96

Ihr Bruch Spranzband - 60 Ohne Feder, ohne Schenkelriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.

CoPILOT-Therapie-Tandem, 24, neu, diverse Extras, VB 1.800,- € ☎ 050 23/42 67

LIFTE TREPPEN ABEG TREPPENLIFTE GmbH Kooperationspartner des SoVD LV NRW (ehemals Reichsbund) Beratung · Verkauf · Service bundesweit Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten ☎ 0 800 / 399 80 30 0,0 Cent / Minute www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Wer tauscht ETW in Bad Pyrmont gegen ETW in Dortmund? ☎ 02 31/177 60 91

PC-/Büro-Tätigkeit selbständig von zu Hause aus! ☎ 056 24/92 53 83 Info unter: www.reis.jobkontor.info

Treppenlift abzugeben! Typ Sanimed Contour Elite 943, kompl. Incl. ergänzbarem Schienensystem. ☎ 01 73/4 40 49 00

WENN GEHEN SCHWERFÄLLT! ORTHO-RUPP Tel. (06 31) 9 52 17 Walter-Kolb-Straße 24 67659 Kaiserslautern Sonderfahrzeuge auch für 2 Personen! Kostenlose Prospekte anfordern! Vorführung! 6-15 km/h Elektromobile! Ohne Führerschein! Sofort Losfahren!

12 km von Oberhof u. A71, Bauland 588 m² voll erschlossen in Südhängeanlage von privat zu verkaufen Fax 036 31/98 39 20

Logo with symbols and text: a&p Treppenlifte

Männer über 50 Steigern Sie jetzt Ihre Leistung in der Partnerschaft mit Eumel-Bull-Kraft NE Dragees mit Rinderhodenextrakt u. Potenzholz 1 Pckg. € 28,00 inkl. Versandk. zahlbar innerhalb 14 Tagen Otto Blocherer · Abt. N 14 Friedensstraße 4 · 86391 Stadtbergen

Suche dringend ehemalige RAD Kameraden die im März 1944 in Neuvorwerk stationiert waren, Mitte April wurden wir nach Romilly sur Seine verlegt. Da übernahmen wir am 5. Mai die Flackbatterie die dann Ende Juli Anfang August nach Metz verlegt wurde. Dabei hatten wir mit Zugmaschine und Geschütz, 30 km vor Charlons, einen Unfall. Ich erlitt dabei einen Oberschenkelhalsbruch. Wer war dabei oder ist zur Unfallstelle dazugekommen. Bitte melden! Kurt Gebauer ☎ 053 44/14 65

IN RUHE GESUCHT, DAS BESTE GEFUNDEN, IN DER SoVD-ZEITUNG!

Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung Elektroscoter ab 1.551,- € Breeze 3- und 4-Rad WEILEDER Elektrofahrzeuge Doppelsitzer Im Winter mit Heizung, im Sommer ohne Türen Weileder Tech GmbH - Zentrale - Simpelt-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen bundesweiter Vorort-Service, Info-Zentral: Tel: 08362/9193-26 Fax: -29 support@weileder-tech-gmbh.de www.weileder-tech-gmbh.de

Elektromobile SCHOLZ Mobilitätsprodukte Treppenlifte ab 3.250,- € Badewannenlifte ab 980,- € Elektromobile verschiedene Modelle ab 1.500,- € Stadtblick 14 38112 Braunschweig Gratisprospekte anfordern oder Termin vereinbaren! kostenlos 0800-327 327 0

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an: Anzeigen-Verwaltung U. Struckmeyer Postfach 12 66 · 27723 Worpswede